



Medienimpulse
ISSN 2307-3187
Jg. 60, Nr. 1, 2022
doi: 10.21243/mi-01-22-06
Lizenz: CC-BY-NC-ND-3.0-AT

Eine Stellungnahme der Initiative „Keine Bildung ohne Medien“ (KboM!) zum Koalitionsvertrag

Sven Kommer

Andreas Weich

Anlässlich der Bundestagswahl 2021 hat die Initiative Keine Bildung ohne Medien! die Parteien um Stellungnahme gebeten, wie sie in Zukunft medienpädagogische Themen bearbeiten wollen (siehe [Wahlprüfsteine 2021](#)). Da der Koalitionsvertrag inzwischen vorliegt und unterzeichnet wurde, kommentieren wir hier nun die medienpädagogischen Ziele der neuen Regierung aus dem Koalitionsvertrag. Die beiden zentralen Themen sind dabei der Zusammenhang zwischen Medien, Digitalisierungsprozessen und Bildung, Herausforderungen hinsichtlich Demokratie- und Medienbildung sowie die Gründung einer medienbildungsbezogenen Bundeszentrale.

On the occasion of the 2021 federal elections, the initiative No education without media! asked the parties to comment on how they want to deal with media education issues in the future (see [Wahlprüfsteine 2021](#)). Since the coalition agreement is now available and has been signed, we are now commenting on the media education goals of the new government from the coalition agreement. The two central topics are the connection between media, digitization processes and education, challenges with regard to democracy and media education and the establishment of a media education-related federal center.

1. Einleitung

Anlässlich der Bundestagswahl 2021 hat die Initiative *Keine Bildung ohne Medien* die Parteien um eine Stellungnahme gebeten, wie sie in Zukunft medienpädagogische Themen bearbeiten wollen.¹ Da der Koalitionsvertrag inzwischen vorliegt und unterzeichnet wurde, kommentieren wir hier nun die medienpädagogischen Ziele der neuen Regierung aus dem Koalitionsvertrag. Erfreulicherweise werden Medien und Bildung im Koalitionsvertrag bereits als zentrale Handlungsfelder für die nächste Legislaturperiode erkannt. Unsere folgende Kommentierung verstehen wir daher als konstruktive Anregung, zentrale Themen und Inhalte der Medienbildung zu konkretisieren und differenzierter zu betrachten. Diese sind aus unserer Sicht der Zusammenhang zwischen Medien, Digitalisierungsprozessen und Bildung sowie Herausforderungen hinsichtlich Demokratie- und Medienbildung. Zudem ist im Koalitionsvertrag die Gründung einer „Bundeszentrale für digitale Bildung“ vorgesehen, die aus unserer Perspektive als „Bundeszentrale für Medienbildung und digitale Bildung“ konzipiert

werden müsste. Eine solche zentrale Institution, welche die etablierte, aber ergänzungsbedürftige dezentrale digitale (Medien-)Bildung unterstützt und fördert, ist aus unserer Sicht sehr begrüßenswert. Gerne stehen wir bei diesem und weiteren Projekten mit unserer interdisziplinären und langjährigen Expertise in puncto Medienbildung für Beratung und aktive Mitwirkung zur Verfügung.

2. Medien, Digitalisierung und Bildung

„Digitalisierung“ ist einer der Kernbegriffe des Koalitionsvertrags und taucht in vielen Abschnitten zu unterschiedlichen Kontexten auf. Ziele, die durch „Digitalisierung“ erreicht werden sollen, sind u. a. Wohlstand, Freiheit, soziale Teilhabe, Nachhaltigkeit, Effizienzsteigerung, Beschleunigung und Entbürokratisierung. Was genau jeweils unter „Digitalisierung“ verstanden wird, bleibt meist unklar und in der Regel wird sie als abstrakter „technological fix“ im Sinne eines technikfokussierten Fortschrittsnarrativs veranschlagt (vgl. hierzu auch die Stellungnahme der Gesellschaft für Medienwissenschaft)². Herausforderungen werden nur am Rande, implizit oder ex negativo erwähnt, z. B. mit Blick auf Barrierefreiheit oder Ablehnung von Überwachung, und ein Bezug zu Bildung wird kaum hergestellt. Bei Bildung und digitalen Medien geht es in erster Linie um Ausstattung im Digitalpakt 2.0, didaktische Qualifizierungen in Kompetenzzentren für digitales und digital gestütztes Unterrichten sowie qualitätsgesicherte OER sowie eine nicht näher bestimmte „digitale Kultur“. Eine zentrale Struk-

tur, in der entsprechende Maßnahmen geplant und umgesetzt werden, soll die im Vertrag zur Prüfung vorgeschlagene Bundeszentrale für digitale Bildung sein. In den Antworten der Regierungsparteien auf die Wahlprüfsteine der Initiative *Keine Bildung ohne Medien* wird deutlich, dass sich die in den Antworten der FDP bereits erkennbare technikorientierte Sicht auf das Thema klar durchgesetzt hat, während aus unserer Sicht relevante Perspektiven in den Antworten der SPD und der Grünen wenig Eingang gefunden haben. So betont die SPD die Wichtigkeit gesellschaftlich-kultureller Aspekte wie insb. Teilhabechancen, Bewertung von Informationen im Netz, Reproduktion von Ungleichheiten. Die Grünen nehmen sogar explizit Bezug auf das Frankfurt-Dreieck³ und betonen die Wichtigkeit von Medienkompetenz und der Reflexion gesellschaftlich-kultureller Wechselwirkungen. Sie schlagen die Einrichtung einer „Bundeszentrale für digitale und Medienbildung als Bund-Länder-Projekt“ vor. Aus Sicht der Initiative *Keine Bildung ohne Medien* sind diese Perspektiven und die Kombination von Medienbildung und digitaler Bildung höchst relevant, denn digitale Medien sind nicht nur Werkzeuge, sondern komplexe Konstellationen aus Technologien und Praktiken, die Zugänge zur Welt und zu uns selbst ermöglichen, und die kulturelle, soziale und politische Wirklichkeit prägen. Die damit verbundenen Herausforderungen müssen mit Medienbildung in Verbindung gebracht und mit konkreten Maßnahmen zu Medienreflexion und Demokratieförderung verknüpft werden.

3. Demokratie- und Medienbildung

An vielen Stellen im Koalitionsvertrag werden Themen der Demokratieförderung, Extremismusprävention und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts angesprochen: Beispielsweise unter den Punkten Zivilgesellschaft und Demokratie, Migration, Teilhabe und Staatsangehörigkeitsrecht sowie Prävention und Maßnahmen gegen Rassismus. Grundsätzlich ist die Vielfalt der Thematik gut abgebildet worden. Unklar bleibt hingegen, wie die Themen umgesetzt werden sollen. Juristische Regelungen gegen Diskriminierungen, Desinformation und Gewalt im Netz sowie deren Auswirkungen in Offline-Sphären sind gute Grundlagen. Die Förderung von Demokratie sollte jedoch aus medienpädagogischer Sicht bereits Aspekte der politischen Medienbildung adressieren, um selbstbestimmt und verantwortungsbewusst an gesellschaftlichen Diskursen partizipieren zu können, die eben maßgeblich medial vermittelte Diskurse sind. Zahlreiche Beispiele (etwa mangelnde Medienkompetenz, Hass und Hetze) belegen jedoch erhebliche Bildungslücken zur politischen Medienbildung.⁴ Im Vordergrund sollten deshalb Angebote stehen, die nicht nur Technikbildung fokussieren, sondern insbesondere soziokulturelle Implikationen der politischen Medienbildung in den Blick nehmen. Zudem wird im Koalitionsvertrag die Relevanz freier und unabhängiger Medien herausgestellt. Das ist unbestritten so. Jedoch gibt es derzeit kein freies und unabhängiges Angebot im Kontext der Sozialen Medien. Gerade für die Gruppe der Kinder und Jugendlichen sind Angebote, die den besonderen Schutzbedürfnis-

sen dieser Altersgruppe entsprechend und altersangemessen ihre Teilhabe an der Online-Kommunikation unterstützen, derzeit nicht flächendeckend verfügbar bzw. die Angebote verfügen auch nicht über die Ressourcen, große Nutzer*innenzahlen zu bewältigen. Immerhin gibt es mittlerweile öffentlich-rechtliche Inhalte in Sozialen Medien. Wünschenswert wäre die Förderung eines freien und unabhängigen Angebots, jenseits der großen Konzerne.

4. Einrichtung einer Bundeszentrale für Medienbildung und digitale Bildung

Die vielfältigen Aufgaben im Kontext des Bildungsbereichs sollen, so verstehen wir den Koalitionsvertrag, durch die Einrichtung einer „Bundeszentrale für digitale Bildung“ erhoben, bearbeitet und koordiniert werden. Eine solche zentrale Einrichtung wäre auch aus unserer Sicht sehr sinnvoll, sofern diese um Medienbildung als zentrales Bildungsziel ergänzt wird und zudem die dezentrale Medienbildung und digitale Bildung entlang der gesamten, auch außerschulischen, Bildungskette unterstützt und fördert. Mit einer solchen Konzeption sind Interdependenzen und Überlagerungen zwischen Medien, Digitalisierung und Bildung grundlegend angesprochen, die den komplexen künftigen Herausforderungen in diesem Themenfeld entsprechen. Bezüglich der Einrichtung der „Bundeszentrale für Medienbildung und digitale Bildung“ steht die Initiative *Keine Bildung ohne Medien* mit ihrer umfangreichen Expertise aus zahlreichen Bildungsfeldern und -institutionen der

Medienbildung und digitalen Bildung gerne beratend und unterstützend zur Verfügung.

Anmerkungen

- 1 Vgl. <https://www.keine-bildung-ohne-medien.de/wahlpruefsteine-2021/>.
- 2 https://gfmedienwissenschaft.de/sites/default/files/file/2021-12/Stellungnahme_ForenBildungDigitalisierung_GfM_Koalitionsvertrag2021.pdf.
- 3 Vgl. <https://www.keine-bildung-ohne-medien.de/frankfurter-dreieck/>.
- 4 Vgl. exemplarisch: <https://www.stiftung-nv.de/en/node/3094>.